

Leserbrief zum Artikel:

„Professorin von Mullahs Gnaden“ von René Donzé, NZZ am Sonntag, 19.11.2023, S.11;

Online: <https://www.nzz.ch/nzz-am-sonntag/zuercher-uni-professorin-mit-kontakten-zu-mullah-regime-im-iran-ld.1766450?reduced=true>.

Der Gastprofessorin wird vorgeworfen, sie arbeite für eine konservative Universität im Iran und fungiere als „langer Arm Teherans“ an der Uni Zürich (so in der online-Ausgabe des Artikels). Das ist eine groteske Unterstellung, die mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten, halbweisen Informationen und tendenziösen Interpretationen belegt wird. Sie und ihre Familie haben massiv unter dem Regime gelitten. Sie hat keinen Lehrstuhl an der iranischen Universität, sondern sollte unentgeltlich einen Forschungsbereich zu einem islamischen Reformdenker leiten. Sie vertritt reformislamische Ansätze, setzt sich für Frauenrechte im Iran ein und fordert die Abschaffung der Kopftuchpflicht. Nach den inakzeptablen Äusserungen des Präsidenten dieser Universität hat sie diese Verbindung aufgelöst. Sie verdient Unterstützung, keine Diffamierung.

Der Leserbrief durfte nach der Vorgabe der NZZ-Leserbriefredaktion nicht länger als 800-900 Zeichen sein. Hier folgt eine ausführlichere Stellungnahme zu diesem Bericht:

In diesem Beitrag wird Frau Dr. Mirsadri, die im aktuellen Herbstsemester (zum zweiten Mal) als Gastprofessorin für Islamische Theologie an der Uni Zürich lehrt, vorgeworfen, sie lasse sich von der „Universität der Religionen und Denominationen“ (URD) für die Aussendarstellung des Iran im Westen instrumentalisieren. In der online-Ausgabe des Artikels ist sogar davon die Rede, dass sie als „langer Arm Teherans“ an der Uni Zürich fungiere. Einige der Informationen, die als Beleg dieser Unterstellung angeführt werden, sind falsch. So hat Frau Mirsadri nicht an der URD studiert, sondern sporadisch als Übersetzerin dort gearbeitet. Sie hat auch keinen Lehrstuhl dort, hat nicht unterrichtet und kein Salär bezogen. Sie sollte einen Forschungsbereich zu Muhammad Iqbal leiten, einem im Westen hochangesehenen islamischen Reformdenker, zu dem auch an anderen Universitäten geforscht wird. Darin spiegelt sich auch ihre eigene Position wider. Frau Mirsadri will reformislamische Ansätze breiter bekannt machen. Sie setzt sich für Frauenrechte im Iran ein und fordert die Abschaffung der Kopftuchpflicht und spricht sich gegen Diskriminierung jedweder Art aus. In ihre Vorlesung hat sie neben dem regimekritischen iranischen Philosophen Abdolkarim Soroush, der in den USA im Exil lebt, auch eine Rabbinerin und ein jüdischer Student eingeladen. Es ging dabei um akademische, nicht um politische Fragen.

Mit Zitaten, die aus dem Zusammenhang gerissen wurden, soll in diesem Beitrag der Eindruck erweckt werden, Frau Mirsadri „relativiere“ die repressive Politik der iranischen Regierung oder stehe sogar in Verbindung zu diesem totalitären Regime. Dabei haben sie und ihre Familie massiv unter dem Regime gelitten. Und doch muss sie mit ihren Äusserungen vorsichtig sein, denn nach dem Ende ihres akademischen Aufenthalts in Zürich und Paderborn wird sie in den Iran zurückkehren müssen. Es braucht schon ein erhebliches Mass an moralischer Arroganz, um ihr in dieser Situation vorzuwerfen, sie „relativiere“ die politischen Ver-

hältnisse im Iran und sich davon „irritiert“ zu zeigen. Ein solche Darstellung lässt wenig Verständnis für die (Über-) Lebensbedingungen in einem totalitären Überwachungsstaat erkennen.

Ich selbst war mehrfach an der URD – wie Hunderte westlicher Besucher, Wissenschaftler und hochrangige Religionsvertreter aus der ganzen Welt, die sich für interreligiösen Dialog einsetzen. Am 16.3.2023 traf sich der Papst mit dem Präsidenten der URD. Diese Hochschule pauschal als „konservativ“ zu bezeichnen, zeugt von barer Unkenntnis. Sie ist nicht offiziell verbunden mit den iranischen Revolutionsgarden (IRGC) und der Hizbullah. Es ist auch keine staatliche Universität, wie es in dem Artikel heisst, sondern eine private theologische Hochschule, die wegen ihrer relativen Offenheit unter ständiger Beobachtung durch das Regime steht. Natürlich nutzt das Regime diese Institution auch für seine Aussendarstellung; nur so kann sie überleben. Würde sich der Präsident gegen das Regime stellen, so wäre es das Ende dieses Projekts. Was der Präsident der URD zu Israel und der Hamas gesagt hat, ist absolut inakzeptabel und wird auch von vielen Dozierenden und Studierenden an der URD nicht unterstützt. Frau Mirsadri hat daraus Konsequenzen gezogen. Aber soll man diese Hochschule insgesamt, die Dozierenden und Studierenden in Generalhaft nehmen und sie damit der Möglichkeit berauben, sich mit liberalen Positionen auseinanderzusetzen und Kontakte in den Westen zu knüpfen? Der Deutsche Akademische Austauschdienst hat diese Kontaktpflege über Jahr hinweg gefördert, ich habe Dozierende von dort zu Gastaufenthalten an der Uni Basel eingeladen. Stellt man diese akademischen Kooperationen und Begegnungsmöglichkeiten unter den Generalverdacht, auf diesem Weg würde Teheran „soft-power“ ausüben, lässt man die sich nach Freiheit sehnenen Iranerinnen und Iraner im Stich und bricht Brücken ab, die es heute mehr denn je braucht. Frau Mirsadri gehört zu diesen Brückenpersonen. Ihr anzulasten, sie fungiere „als langer Arm Teherans“ ist eine groteske Diffamierung. Sie hätte Solidarität und Unterstützung verdient, nicht eine solche tendenziöse Berichterstattung und polemische Skandalisierung.

Von der NZZ erwarte ich, dass sie nicht dem Geschäftsmodell anderer Medien folgt und mit fragwürdigen Informationen und Interpretationen Empörung schürt.

Prof. Dr. Reinhold Bernhardt, Universität Basel.